

Hubert Kleinert

Rede zum 1.9.

Gegen den Krieg – Solidarität mit der Ukraine

Ich bin Hubert Kleinert, der Sprecher der Initiative Zeitenwende Marburg und ich darf Sie alle hier auch im Namen der Mitveranstalter dieser Veranstaltung herzlich begrüßen. Mitveranstalter sind die Grünen Marburg, die SPD Marburg, die CDU Marburg, die FDP, die evangelische Kirche, die jüdische Gemeinde Marburg, der deutsch-ukrainische Verein Hand in Hand, Pulse of Europe und die jungen Europäischen Föderalistinnen.

Wir haben uns hier versammelt, um an jenen schrecklichen Tag zu erinnern, an dem heute vor 84 Jahren mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg begonnen hat. Dieser vom nationalsozialistischen Gewaltregime entfesselte Krieg hat bis 1945 etwa 65 Millionen Tote gefordert – Soldaten wie Zivilisten. Allein 27 Millionen damalige Sowjetbürger sind ums Leben gekommen, etwa zehn Millionen Deutsche und sechs Millionen Polen. Mindestens sechs Millionen Juden sind dem rassistischen Vernichtungswahn des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen. Und für Hunderte von Millionen bedeutete dieser Krieg Zerstörung, Hunger, Elend und Verlust ihrer Heimat.

Die Erinnerung an diese größte kriegerische Katastrophe der neueren Menschheitsgeschichte und an die grauenvolle Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus mahnt uns auch heute zum Frieden. Sie mahnt uns, alles dafür zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann. Sie mahnt uns zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker. Sie mahnt uns zur Absage an Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus. Und sie mahnt uns zur Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. Nie wieder darf Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln akzeptiert werden. Deswegen sind wir hier. Wir stehen für den Frieden. Und wir stehen für den friedlichen Interessenausgleich mit den Mitteln der Politik.

Dieser Tag heute mahnt uns aber auch in besonderer Weise zur Solidarität mit den Opfern kriegerischer Aggression. Und deswegen ist es heute auch ein anderer Antikriegstag als vor zehn Jahren. Im Jahr der 84. Wiederkehr des deutschen Überfalls auf Polen sind wir heute in Europa mit der Wiederkehr des Krieges konfrontiert. Am 24. Februar 2022 hat Russland einen offenen Angriffskrieg gegen einen souveränen Nachbarstaat, die Ukraine, begonnen. Dieser von niemandem provozierte Angriff ist nicht nur in dieser Form einmalig in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Er erinnert in fataler Weise an den Überfall des Nazi-Regimes auf Polen 1939. Denn zum ersten Mal seit 1945 versucht ein europäischer Staat, die Existenz eines anderen, unabhängigen Staates mit den Mitteln militärischer Gewalt zu vernichten und Grenzen gewaltsam zu verschieben. Die Begründungen für diesen verbrecherischen Angriffskrieg sind absurd. Und gerade heute muss deutlich gesagt werden: Wenn die russische Kriegspropaganda behauptet, es gehe darum, ein „nazistisches“ System in der Ukraine zu beseitigen, beleidigt sie damit die historische Erinnerung an den Kampf gegen das nationalsozialistische Terrorregime und die Opfer in der damaligen Sowjetunion. Zu diesen Opfern gehörten auch Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern. Die Ukraine war schon während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts das am stärksten von brutaler Gewalt heimgesuchte Land in Europa. Heute ist das wieder so.

Der Krieg in der Ukraine hat bis heute viele Zehntausend Tote gefordert – Soldaten wie Zivilisten. Millionen von Menschen haben ihre Heimat verlassen müssen.

Als Opfer der russischen Aggression hat die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung. Sie nimmt es entschlossen und wirksam wahr. Wir aber haben die moralische und politische Verpflichtung, den

Opfern der Aggression beizustehen und wirksame Unterstützung zu leisten. Auch das gehört zu den Lehren, die wir aus dem 1. September 1939 ziehen sollten. Nie wieder Krieg kann nicht bedeuten, dass wir die Opfer eines brutalen Angriffskrieges schutzlos alleine lassen.

Wirksame Unterstützung bedeutet in diesem Fall nicht nur, dass wir die Ukraine moralisch, politisch, ökonomisch und humanitär unterstützen. Sie bedeutet auch, dass wir militärische Hilfe leisten.

Der Wille zum Frieden und das Gebot wirksamer Unterstützung der Opfer eines Angriffskrieges sind nicht einfach miteinander zu verbinden. Auch westliche Waffen töten und ich denke, kaum jemand unter uns hätte sich noch vor wenigen Jahren vorstellen können, dass wir heute über die Lieferung von Raketensystemen und Kampffjets diskutieren. Auch mir fällt die Zustimmung zu Waffenlieferungen nicht leicht. Aber wir müssen uns auch realistisch über die Alternativen klar sein: Würden die westlichen Demokratien diese militärische Unterstützung nicht leisten, gäbe es die Ukraine als souveränen Staat höchstwahrscheinlich schon nicht mehr. Wenn die Logik der Gewalt und das Recht des Stärkeren nicht über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Grundsatz der friedlichen Kooperation triumphieren soll, dann muss sich die Ukraine auch wehren können. Und deshalb muss unsere Unterstützung der Ukraine anhalten. Die politische Unterstützung, die wirtschaftliche Unterstützung, die humanitäre Unterstützung, aber auch die militärische Unterstützung.

Wir dürfen uns an die Realität dieses schrecklichen Krieges nicht gewöhnen. Und wer immer wieder vor dieser militärischen Unterstützung warnt – und das geschieht ja auch zur Stunde hier in Marburg – den frage ich von dieser Stelle aus: Ist euch euer pazifistischer Traum von der gewaltlosen Welt wirklich wichtiger als die Verteidigung der Ukraine gegen eine verbrecherische Aggression, einen brutalen Diktator und ein rechtsautoritäres politisches System, das in seinen Schulbüchern neuerdings Stalin wieder als Helden feiert? Wollt ihr die Ukraine wirklich opfern, bloß damit die vermeintliche Reinheit eurer Gesinnung gewahrt bleibt?

Natürlich wollen wir alle, dass dieser Krieg bald ein Ende findet, dass Tod, Gewalt und Zerstörung aufhören. Wir setzen darauf, dass die Ukraine stark genug ist, damit Russland sich gezwungen sieht, einem für die Ukraine akzeptablen Verhandlungsfrieden zuzustimmen, der ihre staatliche Souveränität und Integrität sichert und ausreichende Sicherheitsgarantien für die Zukunft schafft.

Der Krieg in der Ukraine steht in besonderer Weise im Blickpunkt, weil er ein Aggressionskrieg ist, der an imperialistische Eroberungskriege vergangener Jahrhunderte erinnert und unsere eigenen Sicherheitsinteressen unmittelbar berührt. Wir dürfen aber an diesem Tage auch die vielen anderen Kriege und gewaltsamen Konflikte auf der Welt nicht vergessen – in Syrien, im Kongo, im Jemen, in Haiti und an vielen anderen Orten dieser Erde. Das internationale Rote Kreuz nennt die Zahl von über 100 gewaltsamen Konflikten im Jahr 2023.

Dieser Tag heute erinnert uns alle in besonderer Weise an die Schrecken des Krieges und die Gewalttaten des NS-Terrorregimes. Er mahnt uns, im Einsatz für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösungen nicht nachzulassen. Er verpflichtet uns aber auch zur Solidarität mit den Opfern militärischer Aggression. Gegen den Krieg zu sein, bedeutet heute auch, solidarisch mit den Menschen in der Ukraine zu sein. Die Menschen dort verteidigen heute Freiheit und Selbstbestimmung. Sie verteidigen die Werte, die auch unsere Werte sind. Und dafür brauchen sie unsere Unterstützung. Putin wird verlieren und die freie Ukraine wird leben!

